der Konfuzianismus eine obsolete Ideologie der feudalistischen Gesellschaft. Er könne darum keine Rolle beim Aufbau des Sozialismus und der Modernisierung Chinas spielen. Fang warnt davor, Bestrebungen wie die von Jiang nicht ernst genug zu nehmen. Schließlich würden diese Theorien nicht nur eine Lobpreisung des traditionellen Konfuzianismus sein, sondern auch ein Programm für das heutige China. Fang ruft darum zu mehr Wachsamkeit gegenüber den Umtrieben von Leuten wie Jiang auf und bezeichnet deren Aktivitäten als Angriff auf die geistige Zivilisation des Sozialismus. Es mag verwundern, dass Jiang mit seiner Kritik am herrschenden System der VRCh und der implizierten Forderung nach einem Systemwechsel noch nicht in größere Schwierigkeiten geraten ist. Natürlich stößt er auf Hindernisse, wie die Kritik zeigt. Es gibt aber bis jetzt keine schärferen Maßnahmen von staatlicher Seite gegen ihn. Ein Grund für seine Schonung könnte sein, dass er weniger prominent ist als andere Kritiker und z.B. im Westen nicht wahrgenommen wird. Außerdem ist sein Einfluss in der VRCh selbst als nur sehr begrenzt zu bezeichnen, so dass die politische Führung seine Vorstellungen (noch) nicht als bedrohlich für die eigene Machtstellung ansehen muss. Ein weiterer Grund könnte sein, dass sein kulturrelativistischer Standpunkt den politisch Mächtigen durchaus entgegenkommt. Seine Ablehnung westlicher Werte und Prinzipien mit universalem Anspruch wie Menschenrechte und Demokratie wird schließlich auch von der politischen Führung vertreten. Als wie gefährlich sind also Jiang und sein Konzept des Politischen Konfuzianismus einzuordnen? Bis jetzt sind sie wohl insgesamt als eher harmlos einzustufen. Jiangs Ideen und Aktivitäten können aber, vergleichbar mit dem heutigen chinesischen Nationalismus, als ein zweischneidiges Schwert bezeichnet werden. Einerseits betont Jiang den Aspekt der „Chinesischen Charakteristika“ im Slogan „Sozialismus mit chinesischen Charakteristika“, wenn er von einer originär chinesischen Kultursubstanz und Identität spricht; andererseits bedeutet seine Forderung nach Verwirklichung einer konfuzianischen Gesellschaft und eines konfuzianischen politischen Systems im Grunde die Negation des „Sozialismus“ in diesem Slogan. Und wie erwähnt, kritisiert er den Marxismus ja auch als eine spezifisch westliche Lehre, die mit der chinesischen Kultur und Identität nicht vereinbar ist. Das aber kann zumindest als eine potentielle oder latente Herausforderung gegenüber der politischen Führung und dem politischen System in der VRCh betrachtet werden. Die Frage ist nur, ob Jiangs Vorstellungen und Aktivitäten tatsächlich irgendwann einmal größere Resonanz innerhalb der chinesischen Bevölkerung hervorrufen werden und schließlich von ihm die politische rote Linie überschritten wird, die von der politischen Führung gezogen wird.

Chinas maritime Ambitionen

Michael Paul

Während in Washington die Verteidigungsausgaben reduziert werden, investiert Peking seit über zehn Jahren mit jährlichen zweistelligen Zuwachsraten in die Modernisierung seiner Streitkräfte. Speziell die chinesische Flottenrüstung trifft die amerikanische Militärmacht in einem zentralen Punkt: Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion verfügen nur die USA über die Fähigkeit zur globalen Machtprojektion. Die Volksrepublik China scheint als aufstrebende Großmacht bestrebt, diesen Status herauszufordern und die USA aus dem Westpazifik und damit langfristig aus ihrer globalen Führungsrolle zu verdrängen. Die Spannungen im Ostchinesischen und Südchinesischen Meer sind ein Symptom der sich ändernden Kräfteverhältnisse. Sie zeigen beispielhaft die Wechselwirkungen zwischen regionalen Krisenkonstellationen und der Weltpolitik.

In der modernen Geschichte agierte China stets als Landmacht. Nun wendet es sich wieder der See zu und vermittelt als „späte große Nation“ (Hu Jintao) manche historische Analogien zum selbstzerstörerischen Aufstiegsversuch des Deutschen Reiches, der 1914 in den Großen Krieg mündete. Welche maritimen Ambitionen verfolgt Peking?

Der Aufstieg zur Großmacht mit wachsendem politischen Einfluss und zunehmenden militärischen Fähigkeiten hat seit 2009 ein

selbstbewussteres Verhalten der chinesischen Führung bewirkt. China wird seitdem „ein generell auftrumpfenderes Verhalten" insbesondere gegenüber Japan, Südkorea, Vietnam und den Philippinen vorgeworfen. Das Verhalten in maritimen Territorialstreitigkeiten beinhaltet häufig Drohgebärden und Attacken chinesischer Schiffe gegen Fischerboote dieser Staaten bis hin zur Aneignung umstrittener Territorien wie der Insel Sansha als Teil der Paracel-Inseln im Südchinesischen Meer. Damit ist fast zwangsläufig auch die USA involviert, die im Falle eines militärischen Konfliktes zur Verteidigung der in den Inselstreit mit China involvierten Staaten verpflichtet ist. Die Ereignisse der letzten Jahre haben so atmosphärisch und argumentativ die Schwerpunktverlagerung der US-Außenpolitik (Asia-Pacific Rebalance) unterstützt und die von China kritisierte „Einmischung" begründet, obwohl sie gleichermaßen als Produkt außenpolitischer Kontinuität der USA wie fehlgeschlagener Diplomatie Pekings bezeichnet werden können. Innenpolitisch trifft die neue selbstbewusste chinesische Außenpolitik jedoch auf Unterstützung und glauben große Mehrheiten der chinesischen Öffentlichkeit und Eliten, dass China zu wenig auf seine militärische Stärke vertraue. Außenpolitisch organisiert China mit seinen Drohgebärden jedoch den Schulterschluss gegen sich selbst. Tatsächlich erreichte China, was der Obama-Regierung selbst nicht möglich gewesen wäre: sie trieb die eigenen Nachbarn in die Arme Amerikas.

Maritime Territorialkonflikte

Bislang hat die VR China in der friedlichen Beilegung von Territorialansprüchen eine positive Bilanz vorzuweisen. Seit 1949 wurde die Mehrzahl der strittigen Fälle bereinigt, zum Teil mit substantiellen Kompromissen zu Lasten der Volksrepublik. Im Juli 2014 zeigten sich jedoch mehr als die Hälfte aller Befragten in elf asiatischen Staaten besorgt, dass die maritimen Territorialstreitigkeiten zwischen China und ihren Nachbarn zu einem militärischen Konflikt führen könnten. Dies äußerte eine außergewöhnlich hohe Zahl von 93% der Befragten auf den Philippinen, 85% in Japan, 84% in Vietnam und 83% in Südkorea. Aufgrund der Sicherheitsverpflichtungen der USA könnte ein Konflikt Chinas mit amerikanischen Verbündeten in eine sino-amerikanische Konfrontation münden.

Der sino-japanische Inselstreit im Ostchinesischen Meer führte zur düsteren Vision, man befinde sich wie 1914 am Vorabend eines neuen Weltkrieges. Der japanische Premierminister Shinzo Abe verglich die Senkaku/Diaoyu-Inseln sogar mit den Falkland-Inseln, für die er – wie Margaret Thatcher 1982 – in den Krieg ziehen würde. Mit der Errichtung einer Luftverteidigungszone (Air Defense Identification Zone, ADIZ) im Ostchinesischen Meer unterstrich Peking am 23. November 2013 seinen Anspruch auf Kontrolle nicht nur der Senkaku-Inseln, sondern auch des umliegenden Gebietes, das so bereits früher etablierte Zonen auch von Südkorea und Taiwan überlappt. Der chinesische Verteidigungsminister General Chang Wanquan betonte im April 2014, dass China „unbestreitbare Souveränität" über die Inseln habe und in dieser Frage territorialer Souveränität „keinen Kompromiss, keine Konzession, keinen Vertrag" eingehen werde. China werde in dem Konflikt nicht als erster einen Angriff unternehmen, aber das chinesische Militär könne jede Schlacht führen und gewinnen. Mehr als die Hälfte der Befragten in China (53,4%) erkannten gemäß einer Umfrage 2014 in den Territorialstreitigkeiten die Möglichkeit eines militärischen Konflikts zwischen China und Japan.

Im Südchinesischen Meer scheint China auch gegenüber den Philippinen neue Fakten schaffen zu wollen. Ausgelöst wurde der Streit, als ein philippinisches Kriegsschiff chinesische Fischerboote aus dem Gebiet am Scarborough-Riff vertreiben wollte, die innerhalb der 200-Seemeilen-Zone der Philippinen bedrohte Fischarten gefischt haben sollen. Die USA vermittelten im Juni 2012 den Abzug chinesischer und philippinischer Schiffe; aber nur die philippinischen Schiffe zogen ab und das Gebiet wird seitdem von chinesischen Schiffen kontrolliert. Der Präsident der Philippinen, Benigno Aquino, hat die chinesischen Ansprüche mit denen von Nazi-Deutschland auf das Sudetenland verglichen. Die historische Analogie mag unzutreffend sein, tatsächlich handelt es sich aber um einen schleichenden Prozess der Aneignung eines umstrittenen Territoriums: Seit dem Zwischenfall habe man damit begonnen, die umliegenden Gebiete der chinesisch als Huangyan bezeichneten Insel abzusichern und zu kontrollieren, erklärte Generalmajor Zhang Zhaozhong von der PLA, und beschrieb eine Strategie (cabbage strategy), in der ein Objekt mit so vielen Booten – Fischerbooten, Schiffen der Fischereibehör-

den, des Küstenschutzes und der Marine – umgeben werde, dass es Schicht um Schicht wie ein Kohlkopf geschützt werde. Daher spricht man mittlerweile von einem „Scarborough-Modell" des inkrementellen Revisionismus.

Anlass für die aktuellen Auseinandersetzungen zwischen China und Vietnam war im Mai 2014 die Verlegung einer chinesischen Bohrinsel etwa 240 Kilometer vor die vietnamesische Küste, südlich der Paracel-Inseln (in Vietnam als Hoang Sa and in China als Xisha bezeichnet). China sieht das Seegebiet als Teil seines Territoriums. Nach Ansicht Vietnams liegt es dagegen in seiner 200 Seemeilen breiten Wirtschaftszone (AWZ). Nach internationalem Recht hätte Vietnam damit das alleinige Anrecht auf die Ausbeutung der dortigen Rohstoffe. Eindeutig ist, dass sich die Bohrinsel in umstrittenen Gewässern befand und die Verlegung der Bohrinsel eine klare Provokation war. Die Spannungen erhöhten sich, als ein vietnamesischer Fischkutter nahe der Inseln von 40 chinesischen Schiffen umzingelt, gerammt und versenkt wurde – so die Darstellung aus Hanoi. Peking erklärte dagegen, das Boot sei gewaltsam in das Gebiet der Bohrinsel eingedrungen, habe ein chinesisches Schiff gerammt und sei dann gekentert.

Entspannung im Inselstreit?

Derzeit wird eine Entspannung in den Beziehungen zwischen Peking und Hanoi sowie Seoul und sogar in den Beziehungen mit Tokio registriert. Offen ist, ob dies eine „zyklische" Dynamik von alternierenden Perioden aggressiven und mäßigenden Verhaltens widerspiegelt oder die Führung in Peking sich ob der Proteste der Nachbarstaaten für eine vorsichtigere Taktik entschieden hat.

Entsprechen die territorialen Bestrebungen Chinas einem Muster, in dem Peking einer Salamitaktik folgt, sich scheibchenweise Gebiete seiner Nachbarn anzueignen versucht und damit sukzessive den Status quo im Südchinesischen und Ostchinesischen Meer zu verändern bestrebt ist? Die Häufung entsprechender Aktionen lässt darauf schließen, dass China nicht nur Überlegenheit demonstrieren, sondern seine Nachbarn langfristig zwingen will, ihre territorialen Ansprüche zugunsten der maritimen Ambitionen Chinas aufzugeben.

Der Inselstreit im Ostchinesischen Meer und die maritimen Territorialkonflikte im Südchinesischen Meer sind Testfälle, deren Handhabung beurteilen lässt, ob sich Chinas Aufstieg friedlich vollziehen wird. Wie die chinesische Führung ihre wachsende Macht nutzt und welche Reaktion sie auf ihr Handeln erfährt, schafft Präzedenzfälle und Verhaltensmuster, die das künftige Zusammenwirken im asiatisch-pazifischen Raum und darüber hinaus bestimmen. Schließlich warnten bereits Regierungschefs der Region vor einer Eskalation. Singapurs Ministerpräsident Lee Hsien Loong erklärte: „Kein Land will Krieg, und jedes Land wird versuchen, ihn zu vermeiden, aber das macht Krieg in Asien nicht unmöglich. Zwischenfälle können eskalieren, und Fehleinschätzungen können zu ungeplanten Konflikten führen."